Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Verantw. Redacteur Fr. Hüttner.
Sprechstunde d. Redaction
Vormittags von 11—12 Uhr
Nachmittags von 4—5 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate in den Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.

Filiale für Inseratenannahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Hainstr. 21, part.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Raths der Stadt Leipzig.

Auflage 11000.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Ngr.,
incl. Bringerlohn 1 Thlr. 10 Ngr.
Jede einzelne Nummer 2½ Ngr.
Belegexemplar 1 Ngr.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 10 Thlr.
mit Postbeförderung 14 Thlr.
Inserate
4gespaltene Bourgoiszeile 1½ Ngr.
Größere Schriften
laut unserem Preisverzeichniß.
Reclamen unter d. Redactionsstrich
die Spaltzeile 2 Ngr.

№ 98. Dienstag den 8. April. 1873.

Bekanntmachung.

Die **Steinhauer-** und **Schlosserarbeiten** zur Einfriedigung der **Real-** und **III. Bezirksschule** sollen in Submission vergeben werden.

Anschlagsformulare sind in der Bauexpedition am Floßplatz zu entnehmen und mit Preisen versehen

bis 18. April d. J. Abends 6 Uhr

versiegelt auf dem Rathsbauamte abzugeben.

Leipzig, am 7. April 1873.

Des Raths Bau-Deputation.

Das Abgeordnetenfest.

* **Leipzig**, 6. April. Wir haben heute über den Verlauf eines Festes zu berichten, auf welches die Stadt Leipzig und ganz besonders der Städtische Verein, der es veranstaltet, mit allem Recht stolz sein darf. Das am gestrigen Abend zu Ehren der freisinnigen sächsischen Landtagsabgeordneten stattgefundene Festmahl gestaltete sich in jeder Beziehung zu einer glänzenden Kundgebung für Kaiser und Reich, wie nicht minder für die Einigung und Kräftigung der liberalen Parteien in Sachsen. Der an die Abgeordneten ergangene Ruf hatte etwa 30 der wackeren Männer hieher geführt. Welche Mühe die Einzelnen nicht gescheut, das konnte man unter Anderm aus dem Umstande ersehen, daß der Präsident Dr. Schaffrath sich unmittelbar vom Vertheidigertisch aus einer Gerichtsverhandlung losgerissen hatte und hieher geeilt war, Abends 10 Uhr aber wieder bereits sich zur Bahn zurückbegeben mußte, weil am anderen Morgen sein Sohn confirmirt wurde. Doppelten Dank der Bethätigung von solchem Eifer! Aber auch die Bürgerschaft von Leipzig und Umgegend, sowie die Parteigenossen aus dem Lande waren in erfreulich starker Anzahl anwesend, so daß die Festtafel aus etwa 400 Gedecken bestand. Der große Saal der Centralhalle war auf das Glänzendste und Sinnigste geschmückt.

Der Vorsitzende des Festcomités, Herr Stadtrath **Rudolph Schmidt**, begrüßte die Abgeordneten und die übrigen Theilnehmer des Festes in trefflicher Rede. Der Sprecher führte aus, die Absicht, welche zu Grunde gelegt worden, sei, Anerkennung und Dank den freisinnigen Vertretern des Volkes für die Arbeit auszudrücken, die sie im Landtag gethan. Diese Arbeit sei keine leichte gewesen. Man könne gerade nicht sagen, daß uns Alles, was im Landtage sich begeben, gefreuet habe, aber das könne man bestimmt sagen, daß die Mitglieder der liberalen Partei daselbst ihre Würde nicht vergaßen, von ihnen wurde kein blühender Unsinn geredet. Wenn es begründet sei, daß nicht immer innerhalb der liberalen Partei die nöthige Parteidisciplin vorhanden gewesen, so gebühre doch namentlich im Besonderen den drei Vertretern der Stadt Leipzig, den Abgeordneten Häckel, Panitz, Schnoor, das Zeugniß, daß sie immer da gestanden, wo sie ihre Wähler erwarteten. Der zweite Grund zur Veranstaltung des Festmahles sei der, daß es nur höchst wünschenswerth und zweckmäßig erscheine, die Abgeordneten wieder einmal in directe Beziehung zu ihren Wählern zu bringen. Die ungewöhnlich lange Dauer unserer Landtagssessionen erzeuge von selbst Einflüsse, die nur dadurch paralysirt werden können, daß die Abgeordneten in den Kreis der Wähler zurücktreten. Und zum Dritten entstand das Festmahl aus dem Gedanken, daß wir in der gegenwärtigen Zeit, wo das Reich in einen schweren Kampf wider die Geistesknechtschaft verwickelt ist, Alle an einander treten müssen, um uns anzueifern und den Indifferentismus auszutreiben. Es darf der uns umtobende Kampf nicht ernst genug angeschlagen werden. Unterliegen die Liberalen in diesem Kampfe, dann wird nicht allein der Leib, nein, es wird auch der Geist getödtet werden. In unseren freisinnigen Abgeordneten haben wir tüchtige Männer, an welche wir uns anschließen müssen, Hand in Hand mit ihnen müssen wir kämpfen. Der Redner brachte sein Hoch auf die Ehrengäste aus und erweckte damit stürmischen Beifall in allen Reihen der Festversammlung.

Herr Stadtrath Schmidt brachte im Laufe seiner Ansprache zwei Zuschriften zur Verlesung, in welchen zwei hochverehrte Männer unserer Stadt, Bürgermeister Dr. Koch und Vicebürgermeister Dr. Stephani, ihre Nichtanwesenheit bei dem Festmahl begründeten. Herr Bürgermeister Koch sprach sein lebhaftestes Bedauern aus, daß ihn die Rücksicht auf seine Gesundheit und seine Amtspflichten, die fortwährendes körperliches Rüstigsein gebieterisch forderten, am Erscheinen hinderten. Schon seit längerer Zeit habe er deshalb alle Abendgesellschaften meiden müssen. Herr Dr. Koch sandte den Theilnehmern des Festmahles seine herzlichsten Grüße und die Versicherung, daß man ihn überall da, wo für den Fortschritt gewirkt werden müsse, finden werde. Herr Vicebürgermeister Stephani aber, durch unaufschiebliche Commissionsarbeiten noch im Reichstag festgehalten, drückt in seinem Schreiben den lebhaften Wunsch aus, es möchten alle liberalen Parteien in Sachsen treu zusammenhalten, damit von den nächsten Wahlen eine große Gefahr fern gehalten werde.

Es wurden hierauf Begrüßungs-Telegramme von den Abgeordneten Minkwitz und Schnoor, ferner von den Parteigenossen aus Ostrau verlesen.

Abg. Professor Dr. Biedermann erhob sich zu folgender Rede: Er sei auch von der Ansicht durchdrungen, daß dem Feste nicht blos die Absicht unterliege, daß die Abgeordneten sich von der Mühe des Tages erholen sollen. Der Hauptzweck bestehe wohl darin, Abgeordnete und Wähler Auge in Auge gegenüber treten zu lassen. Zunächst wolle er ein Wort des Vorredners mildern, derselbe habe den politischen Indifferentismus zu hoch angeschlagen, wie man ja aus der stattlichen Festversammlung sehr leicht ersehen könne. Wenigstens könne der Vorwurf nicht von Leipzig gelten. Man mache vielfach die traurige Erfahrung, daß unsere sächsischen Landesangelegenheiten unterschätzt werden, es geschehe das aus einem Gefühle, das man gewiß an und für sich schätzen muß. Man erblicke den Schwerpunct aller unserer Angelegenheiten im Reichstag. Aber man möge Jedem geben, was ihm gebührt. Die einzelnen Theile müssen gedeihen, wenn sich das Ganze wohlbefinden soll. In den jüngsten Landtag sind wir unter einem günstigen Stern eingetreten, die liberalen Parteien haben in allen größeren Fragen treu zusammen gehalten. Wenn von einer nicht vollendeten Parteidisciplin gesprochen worden, so möchte doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Partei, welche sich auf Ueberzeugung zusammen findet, schwerer zu einigen ist, daß ihre Einigkeit dann aber auch schwerer wiegt. Der liberalen Partei ist es auf dem letzten Landtag gelungen, die Regierung zu überzeugen, daß sie ihrer bedarf, daß sie mit der liberalen Partei als Factor rechnen muß. Wenn wir sehen, wie das Volksschulgesetz nicht publicirt worden, dann können wir getrost sagen, unsere Position habe sich sehr wesentlich verbessert. Der Gruß des Vorredners könne nicht besser erwidert werden, als mit einem Hoch auf das treue und feste Zusammenhalten der liberalen Wählerschaft des Landes (rauschender Beifall).

Herr Lehrer Beeger: Man habe noch heute alle Ursache, der Mehrheit in der Zweiten Kammer für die Ablehnung des Volksschulgesetzes zu danken. Nicht dasselbe Gefühl erzeuge die kühle Haltung, welche die liberale Partei einem zur Hebung des Lehrerstandes im Allgemeinen gegründeten Unternehmen, der pädagogischen Centralbibliothek, gegenüber beobachte. Sein Hoch gelte dem Liberalismus, der es ehrlich mit dem Interesse der Schullehrer meine.

Herr Redacteur Dr. Doehn aus Dresden warf einen Rückblick auf die letzten 32 Jahre, in denen in Deutschland so Gewaltiges vorgegangen ist. Die Stadt Leipzig, diesen Ruhm könne ihr Niemand nehmen, habe sich immer an der Spitze der freiheitlichen Bewegung gefunden, und auch wieder in dem letzten großen Kampfe deutschen Geistes, deutscher Seele wider französische Frivolität sei sie in erster Linie gestanden. Wodurch haben wir so große Erfolge errungen? Gewiß hat die innige Verbindung der freien Volksvertretung mit der freien Presse hierzu viel beigetragen. Mancher dunkle Punct ist noch am deutschen Horizont vorhanden, der schwärzeste Punct ist der Kampf mit dem Jesuitismus, mit der Geistesverdummung. Das Ausland erwartet von uns, daß wir in diesem Kampfe die ersten Schlachten kämpfen werden. Es ist, damit der Sieg uns zufalle, nöthig, daß die Liberalen aller Schattirungen, wie es bereits in Berlin geschehen, sich eng verbinden, und in Sachsen muß das gewiß auch möglich sein. Der Redner trank auf die Allianz zwischen den Mitgliedern der Gesetzgebung und der Presse.

Abg. Dr. Leistner: Der Kampf in unserem Landtag sei nur eine kleine Episode in dem großen Streite, von dem einfach die Losung gelte: „Hie Kaiser, hie Rom." Von seinem Ausgange hänge die Entwickelung der Menschheit ab, die Hauptschlachten aber werden auf deutschem Boden geschlagen werden. Hoch alle die Kämpfer, die dabei ihre Schuldigkeit thun.

Abg. Advocat Schreck aus Pirna schilderte in trefflicher Weise, wie uns der Fanatismus unserer Feinde am meisten vorwärts helfe, und er ließ deshalb diesen Fanatismus hoch leben! Herr Dr. Wigard aus Dresden hoffte, daß die Liberalen die im letzten Landtage gezeigte Einigkeit sich immer mehr eigen machen werden, und führte sodann aus, daß wir nicht allein gegen die Geistesknechtschaft in der katholischen Kirche, sondern auch gegen das starre, unfehlbare Priesterthum in der protestantischen Kirche zu kämpfen hätten. Sein Hoch galt dem Streben des deutschen Geistes nach Recht und Licht überall, wo es nothwendig ist.

Herr Professor Dr. Heinze glaubte nicht ganz in den Ruf nach Beseitigung der Ersten Kammer einstimmen zu können. Wie die Verhältnisse einmal lägen, werde es in Sachsen in den nächsten Jahren auch nicht gelingen, die Erste Kammer aus der Welt hinauszuschaffen. Und dann würden diejenigen Kreise, die in der genannten Kammer gegenwärtig ihre privilegirte Vertretung finden, im Geheimen wählen. Der Redner empfahl die Universität Leipzig dringend dem fortdauernden Wohlwollen der Abgeordneten.

Abg. Riedel aus Kleinschönau überbrachte herzliche Grüße aus der Lausitz an die Stadt Leipzig, worauf Herr Dr. Georgi dankte und die Einigung der liberalen Parteien auf dem gemeinsamen Boden des deutschen Vaterlandes leben ließ.

Weitere Trinksprüche wurden nun noch ausgebracht von den Herren Pastor Körner auf die Dichter der Festlieder, Dr. Panitz auf die Beseitigung der Ersten Kammer, Dr. Gensel auf den Reichskanzler Fürst Bismarck, Uhle aus Glauchau auf die deutschen Mütter, die ihre Söhne zum Kampfe für Recht, Wahrheit und Vaterland erziehen, Fahnauer auf das fernere Gedeihen der Universität.

Es machten zwar noch andere Redner den Versuch, mit Ansprachen durchzudringen, indessen die Wogen der allgemeinen Bewegung in dem großen Saale gingen zu hoch, so daß nur Einzelnes zu verstehen war und wir die Berichterstattung darüber abbrechen müssen. Erst in sehr später Nachtstunde dachte das Gros der Festtheilnehmer an den Aufbruch. Der Gesammteindruck, den man hinwegnahm, war ein vollständig befriedigender und gewiß sind auch die Herren Abgeordneten mit dem Gefühl ungetheilter Zufriedenheit in ihre Heimath zurück gereist.

Der Verwaltung der Centralhalle gebührt wegen der materiellen Ausstattung des Festmahles die wohlverdiente volle Anerkennung.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen sowie für Handel und Verkehr haben ihren Bericht über die Aufhebung der Salzsteuer oder vielmehr über deren Ersatz durch die Tabaksteuer erstattet. Die Ausschüsse gingen davon aus, daß die Aufhebung der Salzsteuer einen Ausfall ergebe von 12,750,000 Thlr., das Mehrerträgniß durch Erhöhung der Tabaksteuer sich belaufe auf 8,141,321 Thlr. oder mindestens auf 7,512,300 Thlr. Die Ausschüsse erkannten an, daß man aus der Besteuerung des Tabaks einen sehr hohen Ertrag gewinnen könne, namentlich wenn man sich zur Einführung des Tabaksmonopols entschließen könnte, wovon jedoch unter allen Umständen abzusehen sei. Man war darüber einig, daß die Aufhebung der Salzsteuer vor Ersatz durch andere geeignete Reichssteuern nicht erfolgen könne. Es stellte sich nach statistischen Ermittlungen heraus, daß eine Familie von fünf Köpfen an Salzsteuer wie an Tabaksteuer 1 Thlr. 15 Sgr. zahlt, der Tabak wurde in seiner Eigenschaft als Genußmittel und gewissermaßen als Lebensmittel betrachtet, und die Frage, ob der Tabaksconsum durch die Vorlage abnehmen möchte, verneint, gleichwohl aus allen diesen Erwägungen das Resultat gezogen, daß die vorgeschlagene Tabaksteuer nicht geeignet ist, die Salzsteuer wenn auch nur theilweise zu ersetzen. Gegen den Steuermodus wurden die lästigen Controlen, die unausbleibliche Schädigung des Tabaksbaues, die Verleitung zum Schmuggel geltend gemacht und aus allen diesen Gründen schließlich die Behauptung aufgestellt, daß die Einführung einer Tabaksteuer wie die vorgeschlagene „als eine sehr drückende und harte in fast allen Kreisen empfunden werden wird.".

Obgleich Sachsen und Württemberg in der Minister-Conferenz mit Baiern für Beschränkung der Competenz des obersten Gerichtshofs auf die Reichsgesetzgebung gestimmt haben, wurden sie doch von verschiedenen Motiven bestimmt. Man glaubt daher, der Widerstand werde vorübergehend sein und die Justizreform dadurch nicht lange aufgehalten werden.

Das preußische Herrenhaus nahm in seiner letzten Sitzung den von Herrn von Bernuth gestellten Antrag, die kirchenpolitischen Gesetze der Commission wieder abzunehmen und fortan im Plenum zu berathen, mit 74 gegen 38 Stimmen an, nachdem Fürst Bismarck den festen Entschluß der Regierung ausgesprochen hatte diese Kirchengesetze unbedingt in diesem Jahre zum Abschluß zu bringen, und dabei Worte gebraucht hatte, welche im Hause selbst auf die Absicht einer möglicher Weise eintretenden Octroyirung bezogen wurden, allem Anscheine nach aber auf eine Herrenhaus-Reform hinzielen sollten, die augenblicklich überhaupt wieder mehr und mahnender in den Vordergrund tritt. Der Widerstand gegen die Kirchengesetze darf nunmehr als gebrochen angesehen werden, und es ist wohl gewiß, daß in der nach Ostern erfolgenden Wiederaufnahme der Vorlagen durch das Herrenhaus der Anschluß an den bereits festgestellten Wortlaut der Entwürfe unschwer erfolgen wird. Der Widerstand der Junker und einzelner protestantischer Eiferer ist nun erledigt, wird aber in seinen Folgen sich bei den nächsten Wahlen fühlbar machen. Die Junker buhlten um die Bundesgenossenschaft der Ultramontanen, und sie werden Das wenigstens erreicht haben, daß die Sitze, welche die Ultramontanen vermuthlich gewinnen werden, den Junkern werden in das Deficit gestellt werden und die Letzteren auch darüber hinaus noch einige weitere Bezirke an andere Parteien verlieren werden. Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." bringt einen heftigen Artikel gegen die frondirenden Junker und Pastoren, welcher in den Schlußeffect ausläuft: „Kein Wunder, wenn es bei den kommenden Wahlen dort heißen wird: keinen offenen, doch auch keinen heimlichen Papisten!"

Ueber die braunschweigische Angelegenheit hört man die widersprechendsten Urtheile. Während die Einen die Kammer in Braunschweig anklagen, sie habe die Hand zu einer welfischen Intrigue geboten, was zu ihrer früheren Haltung gar nicht stimmen will, oder sie habe sich doch von der braunschweigischen Regierung zur Begünstigung der welfischen Interessen verleiten lassen, bleiben Andere dabei, daß die Kammer vor Allem ihr Recht, bei der Erbfolgeordnung mitzuwirken, sichern wollte. Dieses Recht würde jetzt auch der künftigen Landesvertretung nicht mehr entzogen werden können. Sei es, daß die Kammer einseitige Feststellungen des Herzogs befürchtete, die, obgleich ohne Zweifel widerrechtlich, doch Schwierigkeiten schaffen konnten, sei es, daß sie Preußen zu der Frage Stellung zu nehmen veranlassen wollte — so viel ist sicher, daß die Mitwirkung der Kammer bei der Regelung der Erbfolge von keiner Seite mehr bestritten werden kann, und Dies wird, nach der im Lande herrschenden Stimmung, den nationalen Interessen nicht zum Schaden gereichen. Will man Das nicht zugeben — und positive Thatsachen zur Widerlegung dieser Gesichtspuncte sind bis jetzt nicht vorgebracht —, so bliebe der augenblickliche Zustand unverändert, und der Zwischenfall würde auch in dieser Voraussetzung den welfischen Absichten keinen Vorschub leisten.

Der braunschweigische Landtag hat kurz vor seiner Vertagung in Sachen einer Militairconvention eine Adresse an den Herzog votirt. Bei der damaligen Verhandlung sprach sich der Minister v. Campe in einer Weise aus, die leider nicht hoffen läßt, daß die Regierung die Wünsche des Landtags bei dem Herzog kräftig befürworten werde. Und doch gebietet das Interesse des Landes sowie des braunschweigischen Militairs den Abschluß der Convention auf das Entschiedenste, denn an eine Rückkehr der Truppen aus Elsaß-Lothringen in ihre Heimath ist vorher schwerlich zu denken, und inzwischen geht das Officiercorps mehr und mehr seiner Auflösung entgegen. Die tüchtigsten Elemente treten aus, weil ihnen unter den jetzigen Verhältnissen das Avancement verschlossen ist. So nahm noch kürzlich Oberst Haberland, Commandeur der braunschweigischen Infanterie in Elsaß-Lothringen, seinen Abschied, so sind andere strebsame Officiere in den Generalstab der preußischen Armee, in die Artillerie u. s. w. übergetreten. Braunschweig ist heute der einzige Kleinstaat, der in zweckloses Eigensinn einen separatistischen Standpunct festhält, den selbst die beiden Mecklenburg aufgegeben haben. Man begreift nicht recht, warum man in Braunschweig den passiven Widerstand gegen schlechthin nothwendige Fortschritte nicht durch energische Mittel zu brechen sucht.

In Frankfurt a/M. verurtheilte das Schwurgericht die Telegraphenbeamten Klier, Kaiser und Florenz wegen Depeschenverraths zu je fünf Monaten Gefängniß und zur Unfähigkeit, binnen Jahresfrist ein öffentliches Amt zu versehen; die Kaufleute Auerbach, Werner und Jourdan wegen Beamtenbestechung zu 500, 400 und 200 Thlr. Der ehemalige Telegraphen-Hülfsarbeiter Hermann und Sensal Ronne wurden freigesprochen.

SLUB
Wir führen Wissen.